

Zu weit weg, zu abgehoben. So lautet im Kern die Kritik an der Europäischen Union und vor allem an ihren Institutionen und der Kaste ihrer Politiker. Diese Sichtweise schlägt sich auch in den Wahlergebnissen nieder. Letztmals war dies bei der jüngsten Europawahl zu beobachten, wo durchweg die europakritischen und nationalistischen Parteien grosse Erfolge feiern konnten. Die gefühlte Einfluslosigkeit der EU-Bürger sieht Dirk Jörke auch als einen der Gründe für den Brexit. «Take back control», hiess dort der Slogan.

Von dieser Konstellation aus untersucht der Professor für politische Theorie und Ideengeschichte der TU Darmstadt, welche Gründe es dafür gibt, dass die Demokratie nicht mehr richtig funktioniert oder gar völlig ausgebremst wird. Klar und unmissverständlich gibt er in seinem Buch «Die Grösse der Demokratie» die Antwort: Europa sei zu gross, und mit der Ausweitung politisch-ökonomischer Räume gehe ein Verlust an Demokratie einher. Jörke sieht diesen Verlust sogar in doppeltem Sinne: «Es kommt sowohl zu einer Aushöhlung der Möglichkeiten demokratischer Herrschaftsausübung als auch zu einem Verlust an sozialer Demokratie.» Ausdrücklich führt Jörke hier die «Schattenseiten der neuen Realität in Europa» an: die osteuropäischen Erntearbeiter mit ihren Hungerlöhnen auf westeuropäischen Feldern und der Mangel an Ärzten und Pflegepersonal in Südeuropa, weil diese Fachkräfte lieber dem Ruf des Geldes in den Norden folgen.

Grossreiche werden Despotien

Dirk Jörke belässt es in seinem politisch-wissenschaftlichen Essay, wie er sein Büchlein nennt, aber nicht bei der wirklich schonungslosen Zustandsbeschreibung. Dabei taucht er ganz tief ein in die Ideengeschichte und erkundet die antike Demokratie der griechischen Stadtstaaten ebenso wie die Überlegungen der Philosophen Montesquieu und Rousseau. Beide haben bekanntlich – wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten – einen direkten Zusammenhang zwischen dem Stand der Demokratie und der Grösse eines Gemeinwesens hergestellt. Seine Idee von der wahren Demokratie im Kleinen hat Montesquieu in dem berühmten drastischen Spruch auf den Punkt gebracht: «Ein grosses Reich erfordert notwendigerweise eine despotische Regierungsweise.» Genau diese Gefahr hatten offenbar auch die amerikanischen sogenannten Anti-Federalists vor Augen, als sie in der Gründungsphase der USA gegen die Abtretung von Befugnissen und Rechten an die Zentralregierung kämpften. Denn damit werde die demokratische Mitwirkung ausgehebelt. Dirk Jörkes Betrachtungsweise des heutigen Europa gibt den Anti-Federalists

Wie die Demokratie in der EU zu retten wäre

Warum ist die EU so bürgerfern? Weil Europa als politischer Raum zu gross ist und dies einen Verlust an Demokratie bedeutet. Dirk Jörke plädiert deshalb für eine partielle Rückgabe von Kompetenzen an die Nationalstaaten. Von Berthold Merkle



Die Europäische Union ist keine Despotie, doch sie hat sich zunehmend zu einem liberal-autoritären Regime entwickelt.

YVES HERMAN / REUTERS

fast 250 Jahre später recht. Zumindest in der Tendenz. Denn der Autor stellt zwar klar, dass die Europäische Union gewiss keine Despotie sei, «doch hat sie sich in den letzten Jahren zunehmend zu einem liberal-autoritären Regime entwickelt». Denn in der EU seien wesentliche Politikbereiche der Einflussnahme der Bürger entzogen. Beispiele? Jörke nennt hier die gestaltungsmächtigen Institutionen Europäischer Gerichtshof, Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank – die nur einer sehr indirekten demokratischen Kontrolle unterliegen. Die Entdemokratisierung zeigt sich auch darin, dass in vielen Bereichen der nationalen Gesetzgebung schon über 50 Prozent der Gesetze von der europäischen Ebene kommen. Diese würden in nationales Recht umgesetzt, ohne dass es zu einer demokratischen Debatte in den nationalen Parlamenten, geschweige denn in der nationalen Öffentlichkeit komme. Freilich sieht er auch die Unterschiede: Im Agrarsektor liegt der Europäisierungsgrad bei 80 Prozent, im Sozialbereich gerade einmal bei 10.

Zentrales Kriterium Grösse

Immer wieder wird bei der Betrachtung der verschiedenen Themenfelder die Grösse angesprochen. Für Jörke ist dies ein zentrales Kriterium. Ausführlich vergleicht er daher die Staaten der Erde aufgrund ihrer Grösse im Zusammenhang mit dem Zustand der demokratischen Strukturen. Das Ergebnis ist aber nicht so eindeutig, wie man vielleicht vermutet hätte. Generell seien ganz grosse Staaten eher undemokratisch. Jörke beruft sich hier auf Untersuchungen der amerikanischen NGO Freedom House. Demnach können von den 28 Kleinststaaten auf der Erde mit 100 000 bis einer Million Einwohnern immerhin 71 Prozent als frei gelten. Dagegen kann die Untersuchung dies bei den 13 Riesenstaaten nur für vier feststellen: 31 Prozent und damit weniger als die Hälfte des Freiheitswertes der kleinen Länder. Als gewichtigen Zeugen zitiert Jörke auch den österreichischen Wissenschaftler Leopold Kohr, der davon überzeugt sei, dass in modernen Gesellschaften nicht mehr als 15 Millionen Einwohner leben sollten. Dies allerdings föderalistisch gegliedert – wie es in der Schweiz der Fall ist.

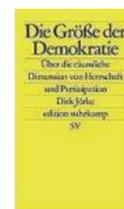
Was passiert, wenn über wichtige Bestandteile der Politik eben nicht mehr von den nationalen Parlamenten und schon gar nicht mehr von den Bürgern entschieden wird, führt Jörke ganz eindrucksvoll an der Finanzkrise von 2008 und ihrer «Lösung» durch die europäischen Instanzen vor. Hier habe sich gezeigt, wie viele und welche grosse Entscheidungsbereiche auf die «supranationale Ebene» delegiert und entpolitisiert worden seien. Die Folgen dieser Verhinderung einer eigenständigen Währungs-

politik und der Zentralisierung wirtschaftspolitischer Kompetenzen sind für Jörke klar: zunehmende soziale Spaltung in vielen EU-Staaten und auch «eine massive Krise der Demokratie».

Gegen neoimperiale Strukturen

Was könnte ein Ausweg aus diesem Dilemma sein? Der Darmstädter Politikwissenschaftler bezieht hier deutlich Stellung gegenüber der Meinung, die EU müsse nur die Kompetenzen ihres Parlaments erweitern und sogar eine EU-Regierung daraus bilden lassen. Dies sei eine naive Vorstellung, meint Jörke. Schliesslich hat er ja über weite Strecken in seinem Buch argumentiert, dass ein gutes demokratisches Gemeinwesen ein Gemeinschaftsgefühl, eine gemeinsame Öffentlichkeit und kulturelle Ähnlichkeit brauche. Alle diese Charaktereigenschaften hat die EU für Jörke nicht. Er sieht daher die Lösung in einer Konföderation, in der die Nationalstaaten wieder viel mehr Eigenständigkeit haben. Statt der gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftspolitik sollten die Sicherheits- und die Sozialpolitik in Brüssel gebündelt werden. Er ist davon überzeugt, dass die Demokratie in den Nationalstaaten wieder gestärkt wird, wenn sie ihre wirtschaftspolitischen Kompetenzen zurückbekommen. «Es muss also sichergestellt werden, dass ökonomisch starke Staaten ihre Interessen nicht über die supranationalen Institutionen durchsetzen und in der Konsequenz neoimperiale Strukturen etablieren können», schreibt Jörke und beschreibt damit auch das Hauptproblem der heutigen EU.

Ob und wie sich diese Vorschläge in die Wirklichkeit umsetzen lassen, ist die grosse Frage. Es ist wohl wenig wahrscheinlich, dass die EU-Bürokratie, die seit Jahrzehnten mit dem Immer-mehr gut gelebt hat und darüber immer feister geworden ist, freiwillig wieder Zuständigkeiten an die Nationalstaaten zurückgibt. Ein praktisches Rezeptbuch hat Dirk Jörke also nicht verfasst. Doch es gelingt ihm ebenso überzeugend wie unterhaltsam, die Schwachstellen der EU zu finden und zu analysieren. Besonders wirkungsvoll ist, dass er beide Seiten ausführlich betrachtet: die EU-Skeptiker und ihre Ängste, aber auch die EU-Unterstützer und ihren Traum von einer Vertiefung der Union. Eine starke Grundlage für die Debatte über die Zukunft der EU – und der Nationalstaaten.



Dirk Jörke: Die Grösse der Demokratie. Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation. Suhrkamp-Verlag, Berlin 2019. 283 S., Fr. 28.90.

Ökonomische Ideen, die man kennen muss

Eine Leistungsschau der Wirtschaftswissenschaften

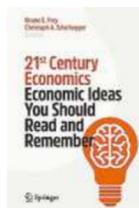
GERALD HOSP

Womit beschäftigen sich Ökonomen? Und welche Ideen sind es wert, dass man sie kennt? In einem Sammelband haben die Schweizer Ökonomen Bruno S. Frey und Christoph Schaltegger 61 Beiträge zusammengetragen, in denen die Bandbreite der modernen Ökonomie als Sozialwissenschaft dargestellt wird. Bedingung war, dass die vorgestellten Artikel oder Bücher nach dem Jahr 2000 erschienen sind. Dadurch wird das Büchlein nicht zu einer Klassikerverehrung, sondern zu einer veritablen Leistungsschau der modernen Wirtschaftswissenschaften.

In Empfehlungen werden vom linken Ökonomen Thomas Piketty und seinem Wälzer «Kapital im 21. Jahrhundert» über den «Vater» der Kryptowährung Bitcoin, der unter einem Pseudonym schrieb, bis hin zu einem Meinungsstück in einer Tageszeitung eine Fülle von wissenschaftlichen Texten ausgebreitet. Den meisten vorgestellten Theorien und Untersuchungen ist gemeinsam, dass sie den Anspruch

der Ökonomie unterstreichen, eine relevante Sozialwissenschaft zu sein.

Die Theorie, die am meisten Empfehlungen, fünf an der Zahl, erhalten hat, ist die Identitätsökonomie, die auf den Nobelpreisträger George Akerlof und auf Rachel Kranton zurückgeht. Dieser selbst unter Ökonomen relativ unbekannt Zweig hat mit der Diskussion über Identitätspolitik und dem Wahlerfolg Donald Trumps an politischer Brisanz gewonnen. Menschen sind demzufolge auch an ihrem Eigenbild, an ihrer Identität, interessiert. Dies kann dazu führen, dass in Entscheidungssituationen materieller Nutzen gegen Ansehen abgewogen wird.



Bruno Frey und Christoph Schaltegger (Hg.): 21st Century Economics. Economic Ideas You Should Read and Remember. Springer, Heidelberg 2019, 168 S., Fr. 38.–.

Innenansichten der deutschen Politik

Günter Bannas analysiert den Regierungs- und Parlamentsbetrieb in Bonn und Berlin

VICTOR MAUER

Günter Bannas gehörte zu den «Kanzlernachschlern», also zu jenen Journalisten, welche die Bundeskanzlerin bzw. den Bundeskanzler überallhin begleiten. In der Ära Schmidt widmete sich der junge Parlamentskorrespondent im Bonner Tulpenfeld zunächst noch dem Thema «Familie und das ganze Gedöns» (Gerhard Schröder), bevor er den Aufstieg der Grünen aus nächster Nähe verfolgte. Früh erkannte er, dass die Partei von der Breite ihres Spektrums her eigentlich eine Volkspartei war. Vierzig Jahre später besteht daran kaum noch ein Zweifel. Nur Bannas hat inzwischen seinen politischen Beobachtungsposten verlassen und die Leitung des Hauptstadtbüros der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (FAZ) nach zwanzig Jahren an seinen Nachfolger übergeben.

Nun legt er ein Potpourri über den deutschen Regierungs- und Parlamentsbetrieb der zurückliegenden zwanzig Jahre vor – im typischen Bannas-Sound: unaufgeregt und unparteiisch, aber deshalb nicht unkritisch; knochentrocken bis hin zum stilistischen Stakkato; als

Meister des prägnanten Porträts mit einem Sinn für das Komische wie das Ironische; analytisch messerscharf und gerade deshalb spannend-

Es geht um Parteien, Personen und politische Konstellationen, um Aufstieg und Abstieg, um Treiber und Getriebene; kurzum: um Macht und Machtverschiebungen und damit um die Tiefenströmungen bundesdeutscher Politik, ihre Konstanten und Wandlungen vom Treibhaus am Rhein bis nach Berlin-Mitte. Wo Politik gemacht wird, wie Politik funktioniert, wie Hierarchien im Quadratmeter von Präsidialamt, Kanzleramt, Bundestag und Bundesrat, den Partei-zentralen und den Büros der Medien entstehen und sich wieder auflösen, all das findet in rund dreissig kurzweiligen Kapiteln seinen Niederschlag. Gerade deshalb berücksichtigt Bannas auch vermeintlich Unbedeutendes wie die Vorzimmer der Kanzler und die bis zur Selbstverleugnung reichende Loyalität ihrer Mitarbeiter, den Stilwechsel in Rhetorik und politischer Semantik, öffentlichem Auftreten und Führungsverhalten, die längst zum Nachteil geronnenen einstigen Vorzüge regionaler Sprachfärbungen und die

schwindende Bedeutung religiöser Proporz. Das Buch hat keinen natürlichen Fluchtpunkt. Und doch schliesst es mit dem Unvermeidlichen. «Das Ende», so schreibt Günter Bannas mit Blick auf Angela Merks Macht- und Autoritätsverlust, «ist mindestens ebenso schwer wie der Anfang, mit einem Unterschied: Am Anfang dreht sich der Kampf um die Macht im Kanzleramt; am Ende gilt es, die eigene Ohnmacht zu bewältigen» – und dabei, so mag hinzugefügt werden, die Deutungshoheit über das Geschehene ebenso zu gewinnen wie über den möglichst hell erstrahlenden Platz in den Geschichtsbüchern. Andere wären indes schon froh, wenn die Ohnmacht nicht am Anfang ihres zielstrebigen verfolgten Wegs ins Kanzleramt stünde.



Günter Bannas: Machtverschiebung. Wie die Berliner Republik unsere Politik verändert hat. Propyläen, Berlin 2019. 336 S., Fr. 27.90, E-Book Fr. 25.–.